
12283/AB XXIV. GP

Eingelangt am 07.09.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Justiz

Anfragebeantwortung



REPUBLIK ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0222-Pr 1/2012

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 12491/J-NR/2012

Die Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Helene Jarmer und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Nationaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 und 3:

Ich darf dazu auf den am 24. Juli 2012 im Ministerrat beschlossenen Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen verweisen.

Zu 2 und 4:

Eine konkrete Aufteilung nach einzelnen Budgetposten ist nicht möglich. Die beschlossenen Maßnahmen sind aber im Rahmen des laufenden Budgets des jeweiligen Jahres gedeckt.

Zu 5:

Während des gesamten Erstellungsprozesses wurde konsequent auf die Einbindung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Behindertenvertretung geachtet. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat unter anderem zwei ganztägige Arbeits- und

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Informationstagungen zum Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen abgehalten. In der Auftaktveranstaltung im Februar 2011 wurden mit allen wichtigen Akteuren der Behindertenpolitik Zielsetzungen und Maßnahmen für den Nationalen Aktionsplan erarbeitet. In der zweiten Veranstaltung gab es unter anderem ein Forum für Inputs von Expertinnen bzw. Experten und Betroffenen, welches intensiv genutzt wurde. Darüber hinaus waren Menschen mit Behinderungen auch im Begutachtungsverfahren umfassend einbezogen.

Wien, . September 2012

Dr. Beatrix Karl